

«Wir müssen Probleme lösen, statt Fronten bewirtschaften»

INTERVIEW Die Mitgliederversammlung der SKOS hat am vergangenen 23. Mai ein neues Präsidium gewählt. Neuer SKOS-Präsident ist Nationalrat Christoph Eymann. Als Vize-Präsidentin wurde Elisabeth Baume-Schneider gewählt. Beide wollen konkrete Vorschläge einbringen, mit denen sie zur Lösung der Probleme beitragen können – zum Beispiel bei der Bildung.

«ZESO»: Herr Eymann, Sie wurden von den SKOS-Mitgliedern als neuer SKOS-Präsident gewählt. Warum haben Sie sich entschlossen, dieses Amt zu übernehmen?

Christoph Eymann: Dass ich für dieses Amt angefragt wurde, hat mich sehr gefreut. Auch wenn die Sozialpolitik nicht mein Kerngebiet ist, so ist sie doch stark mit der Bildungspolitik verknüpft, für die ich als Erziehungsdirektor in Basel während 16 Jahren verantwortlich war. Wer sich mit Bildung befasst, der befasst sich natürlich auch gerade mit Kindern, die weniger privilegiert sind, und er muss ihnen möglichst gute Chancen mitgeben. Das ist eine zentrale Aufgabe. Und auch die SKOS leistet hier wichtige Arbeit. Deshalb reizt mich dieses Amt.

Frau Baume-Schneider, Sie verfügen über ein breites Spektrum an Erfahrungen im Bereich Soziales in Praxis, Politik und Forschung bzw. Bildung. Da kann man eigentlich nur feststellen, das Amt der Vize-Präsidentin der SKOS passt perfekt zu Ihnen ?

Elisabeth Baume-Schneider: Auch ich habe mich sehr über die Anfrage gefreut, weil ich es sehr wichtig finde, auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Gestaltung der Sozialhilfe, der Würde von in Not geratenen Menschen eine gesamtschweizerische Vision zu haben. All die Fragen rund um die Chancengleichheit in der Bildung, die ich – wie der neue SKOS-Präsident – als zentral erachte, haben sehr viel mit den Rahmenbedingungen zu tun, in denen wenig privilegierte Familien leben. Das Soziale muss heute nicht nur vermehrt verteidigt, sondern als Wert neu positioniert werden.

Sie beide stammen aus eher privilegierten Verhältnissen. Welchen Bezug haben Sie persönlich zur Armut?

Baume-Schneider: Ich engagiere mich privat in mehreren Vereinen, zum Beispiel als Präsidentin von «Au P'tit Plus», der ge-

gen die Verschwendung von Lebensmitteln kämpft. Ferner kümmere ich mich um Menschen, die in Schwierigkeiten geraten sind, beispielsweise ihre Rechnungen nicht bezahlen können. In der Schweiz kann man sehr gut leben, ohne in Berüh-



Bilder: Béatrice Devènes

rung mit den Armen zu kommen. Doch ich möchte diesen Menschen nicht nur begegnen, sondern ihnen auch helfen, ihre Situation zu verbessern.

Eymann: Ich bin in Kleinbasel aufgewachsen, das sozial sehr durchmischt ist. Im Turnverein erfuhr ich schon als 6- oder 7-jähriger Knabe, dass nicht alle so privilegiert sind wie ich. Später als Direktor des Basler Gewerbeverbands lernte ich bei Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften viel. Beispielsweise, dass ein 58-jähriger Bauarbeiter ganz andere gesundheitliche

Voraussetzungen hat als ein Büroangestellter. Und eben als Bildungsdirektor, wo ich mich auch für die Ausbildungsbeihilfen einsetzte, die wesentlich sind, um die Bildungschancen von weniger privilegierten Kindern zu verbessern. Berührungsebenen mit Armut waren eigentlich immer da.

Sie vertreten zwei sehr unterschiedliche Parteien. Als SP-Politikerin müssten Sie eigentlich ganz andere Positionen vertreten als ein LDP-Politiker. Fürchten Sie Differenzen?

Eymann: Ich fühle mich in der LDP sehr wohl. Ich habe dort Patrons kennengelernt, die sehr viel Wert auf eine nachhaltige Wirtschaft legen, denen Ökologisches ebenso wichtig war wie Soziales. Die LDP, die ich ja auch sehr stark mitgeprägt habe, versteht sich als liberal und nicht als libertär. Ich bin froh, vertrete ich eine Partei, die in manchen Kantonen und Gemeinden laufenden Angriffe auf die Sozialhilfe nicht mitträgt.

Baume-Schneider: Ich mache mir überhaupt keine Sorgen. Erstens haben wir →



CHRISTOPH EYMANN UND ELISABETH BAUME-SCHNEIDER

Der 68-jährige Basler Politiker **Christoph Eymann** ist vor allem ein Gewerbe- und ein Bildungspolitiker. Während 16 Jahren stand er als Direktor dem Basler Gewerbeverband vor, bevor er die Bildungsdirektion des Kantons 2001 übernahm und in dieser Funktion auch die Eidg. Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) präsidierte. Als Nationalrat amtierte er von 1991 bis 2001 und schaffte zwei Jahre vor Ende seiner Amtszeit als Bildungsdirektor 2015 wieder die Wahl in den Nationalrat. Auch mit 68 Jahren denkt Eymann nicht ans Aufhören und kandidiert im Herbst noch einmal für den Nationalrat. Eymann ist der einzige LDP-Nationalrat, da die Liberal-Demokratische Partei nur im Kanton Basel-Stadt existiert. Er ist Mitglied der FDP-Fraktion. Neben seinem politischen Einsatz für Bildungsfragen, wo Eymann sich sehr für die Chancengleichheit engagiert, trat der Jurist auch für Fragen des Umweltschutzes ein. So war er auch Mitbegründer der SUN 21, ein Think Tank für erneuerbare Energien, Energie- und Ressourceneffizienz und suffizienter Lebensweise in der Region Basel. Auch als Co-Präsident der Solar-Agentur setzt sich Eymann für die nachhaltige Energieversorgung ein. Im Nationalrat kämpft der Bildungspolitiker aktuell mit einer Motion dafür, dass der Bundesrat im Rahmen der Bildungszusammenarbeit mit den Kantonen prüfen soll, wie die frühe Sprachförderung vor Eintritt in den Kindergarten mithilfe des Bundes im ganzen Land umgesetzt werden kann.

Elisabeth Baume-Schneider ist ebenfalls eine ausgewiesene Expertin auf dem Gebiet der Bildungs-, aber auch der Sozialpolitik. Die 55-jährige Jurassierin hat das Bildungsdepartement des Kantons Jura während zwölf Jahren geleitet. Aktuell leitet die ausgebildete Sozialarbeiterin die Fachhochschule für Soziale Arbeit und Gesundheit, die Haute école de travail social et de la santé EESP, in Lausanne. Viele Jahre war Baume-Schneider als Sozialarbeiterin tätig. Die aus einer der Berner SVP/BDP nahestehenden Bauernfamilie abstammende SP-Politikerin will nun in die nationale Politik. Baume-Schneider bewirbt sich für einen Ständeratssitz des Kantons Jura bei den eidg. Wahlen im Herbst 2019, da der aktuelle SP-Vertreter Claude Hêche nicht mehr antritt.

→ schon als Erziehungsdirektorin und -direktor zusammengearbeitet und zweitens bin ich überzeugt, dass es bei wichtigen politischen Fragen nicht nur falsch und richtig gibt. Und ich denke, gerade bei sozialpolitischen Themen – wie Armut und Würde des Menschen – geht es darum, einen Konsens über die Parteigrenzen hinweg zu finden. Im Übrigen stamme ich aus einer Bauernfamilie, die ihre politische Heimat bei der bernischen SVP/BDP hat. Ich denke, meine sozialen Überzeugungen, die mich zur SP geführt haben, liegen im christlichen Engagement meiner Eltern begründet. Die Zeiten sind doch vorbei, in denen die Linke das Monopol hat, die soziale Gerechtigkeit zu verteidigen und die Rechte der Interessen der Unternehmer.

Die Sozialhilfe-Richtlinien, für die die SKOS gemeinsam mit der SODK verantwortlich ist, werden immer wieder angegriffen. Auch nach der Volksabstimmung in Bern wird sich daran nichts ändern. In weiteren Kantonen sind ähnliche Vorstösse in der Pipeline. Wie soll die SKOS auf diese Angriffe reagieren?

Eymann: Es wurde in den letzten Jahrzehnten seitens der SKOS wunderbare Arbeit geleistet. Ich möchte deshalb jetzt sicher nicht das Steuer herumreissen. Ich werde mich aber in Zukunft dafür einsetzen, dass die Stimme der SKOS auch in Lagern gehört wird, zu deren Kernthemen die soziale Frage nicht gehört und die bisher für solche Argumente verschlossen blieben. Es ist doch keine Frage, dass es in einem reichen Land wie der Schweiz wichtig ist, wie wir mit Minderheiten umgehen, mit Menschen, die aus irgendeinem Grund aus der Bahn geworfen wurden. In der Bildungspolitik hatten wir ja vor einigen Jahren eine ähnliche Situation wie jetzt bei der Sozialhilfe. Einzelne Kantone wollten aus dem Konkordat ausbrechen und das Französisch als Fremdsprache marginalisieren. Die Stimmbevölkerung erteilte diesem Ansinnen dann jedoch eine Abfuhr. Ich habe ein Grundvertrauen, dass die Stimme des Volks die Vernunft zum Ausdruck bringt, die wir brauchen, auch im Bereich der sozialen Sicherheit.

Ich verstehe meine Aufgabe zudem nicht nur als eine defensive, sondern vor allem auch als eine offensive. Wir müssen

«Ja, die Charta ist wichtig. Ich hoffe sehr, dass sie eine immer breitere Unterstützung erfährt.»



«Es wurde in den letzten Jahrzehnten seitens der SKOS wunderbare Arbeit geleistet.»

unbedingt versuchen, konkrete Vorschläge einzubringen, mit denen wir zur Lösung der Probleme beitragen können. Dies hat die SKOS beispielsweise bereits beim Thema 55^{plus} gemacht. Es dauerte auch Jahre, bis die externe Kinderbetreuung zur Selbstverständlichkeit wurde. Erst waren es nur ein paar Pionierinnen, die für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung kämpften. Heute fordert sogar der Dachverband der Wirtschaft ein stärkeres Engagement des Staates auf diesem Gebiet. Wir müssen aus der defensiven Haltung herauskommen und schauen, was wir zusammen mit der Wirtschaft voranbringen können. Ich denke, das könnte vor allem das Thema Weiterbildung sein. Wenn wir konkrete Vorschläge zu den relevanten Themen liefern, kommen wir viel weiter, als wenn wir die üblichen Fronten bewirtschaften.

Baume-Schneider: Das sehe ich auch so. Es herrscht auf dem Gebiet der Sozialhilfe aber auch nach wie vor ein grosses Unwissen vor. Wir müssen den Menschen deshalb erklären, um was es eigentlich geht. Dass es um Menschen geht, die krank sind und auf einen Entscheid der IV warten; um Kinder und Jugendliche, um Menschen, die keine Ausbildung haben und nur mit Unterstützung die Grundlagen für die Rückkehr in den Arbeitsmarkt erwerben können. Es wird in den Medien viel über Missbrauchs- und Extremfälle gesprochen, man darf aber wegen diesen Einzelfällen nicht das ganze System in Frage stellen. Man spricht beispielsweise viel zu wenig von den Schwierigkeiten, die die Betroffenen haben, überhaupt Zugang zu den ihnen zustehenden Leistungen zu bekommen. Die Auseinandersetzungen, wie sie jetzt geführt werden, gab es im Übrigen schon, als ich meine erste Stelle als Sozialarbeiterin hatte. Ich hätte gehofft, dass wir heute weiter sind, aber leider ist das nicht der Fall.

Die SKOS hat sich zusammen mit anderen Verbänden bemüht, die gesamtgesellschaftliche Bedeutung eines gut funktionierenden Systems Sozialhilfe bewusst zu machen. Mit diesem Ziel wurde die Charta Sozialhilfe Schweiz lanciert. Finden Sie das richtig?

Baume-Schneider: Ja, die Charta ist wichtig. Ich hoffe sehr, dass sie eine immer breitere Unterstützung erfährt.



Brauchen wir nicht doch ein Rahmengesetz, wie das zwei Vorstösse im Parlament immer noch fordern?

Eymann: Gesetze sind für mich die Ultima Ratio: Erst wenn die Eigenverantwortung nicht zum Ziel führt, braucht es verbindliche Regelung mit Gesetzen. Die Verfassung ist eigentlich deutlich genug. Es gilt auch, den Föderalismus mit seinen Kompetenzen zu beachten. Die Option «Bundesgesetz», um ein Erodieren der Sozialhilfe zu verhindern, muss aber offen bleiben. Allerdings muss auch abgewogen werden, wie gross die Chancen wären, ein solches Gesetz erlassen zu können.

Baume-Schneider: Ein Rahmengesetz wäre eine Grundlage für die Umsetzung der in der Präambel des Bundes genannten Werte, nämlich «die Stärke der Gemeinschaft wird am Wohl der Schwächsten ihrer Mitglieder gemessen». Es wäre jedoch notwendig, einen qualitativ hochwertigen Dialog zu führen, um die Aufgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden zu definieren.

Herr Eymann, Sie sagen, dass Sie mit der Wirtschaft Lösungen suchen wollen. Müsste die Wirtschaft mehr Verantwortung für die Integration von Sozialhilfeempfängern übernehmen?

Eymann: Die Bereitschaft ist bei vielen Patrons da, auch wenn die Betriebe das nicht immer gern an die grosse Glocke hängen. Das habe ich immer wieder erlebt, beispielsweise als wir Arbeitsplätze für Drogenabhängige suchten. Natürlich ist nicht jeder Betrieb dazu geeignet, solche Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Doch eigentlich sollte es selbstverständlich sein, dass auch die Schwächeren einer Gesellschaft in einen Arbeitsprozess integriert werden können. Eine Weiterbildungsinitiative zusammen mit der Wirtschaft und mit Einsatz von finanziellen Mitteln des Bundes könnte hilfreich sein.

Therese Frösch, die abtretende Co-Präsidentin, sagte kürzlich gegenüber einer Zeitung, das neue Präsidium habe viel erreicht, wenn es das Erodieren des Sozialhilfe-Systems verhindern könne. Was ist Ihr ganz persönliches Ziel, das sie als Präsident/Vize-Präsidentin erreichen möchten?

Eymann: Was mich enorm stört ist der Begriff «unverschuldet». Wenn ich einen Menschen vor mir habe, der drogenabhängig ist und deshalb die Sozialhilfe braucht, kann ich ja nicht einfach sagen: er ist selber Schuld, denn er hätte ja keine Drogen nehmen müssen. Diese Sichtweise greift

für mich unendlich kurz. Der Betroffene hat ein Umfeld gehabt. Er hat in einem System gelebt. Ich sage nicht, das System ist schuld, aber es hat mitgeholfen, dass er in diese Sucht geraten ist. Hier ein moralisches oder rechtliches Verschulden zu konstruieren, ist absolut sinnlos. Die Einteilung in verschuldet und unverschuldet ist dennoch häufig zu hören, leider. Für mich ist das ein Schlüsselbegriff, der störend ist.

Baume-Schneider: Was mir auch wichtig ist, ist die Anerkennung der Qualität der Arbeit der Sozialarbeitenden. Auch sie sind viel Kritik ausgesetzt. Sie werden bezichtigt, Leute zu unterstützen, die kein Recht darauf haben. Sozialarbeitende sind in einem äusserst komplexen Bereich tätig. Einerseits stehen sie den Klienten gegenüber, die Forderungen an sie stellen, manchmal auch verbunden mit Aggressionen. Sie müssen starke, emotionale Spannungen aushalten und häufig ist ein Burnout die Folge und wir beobachten eine hohe Personalfuktuation auf den Sozialdiensten. Ich finde es deshalb wichtig, dieser Arbeit Respekt entgegenzubringen und auf eine gute Ausbildung zu achten. ■

Das Gespräch führte
Ingrid Hess